



Warum Hamburger Politiker so schlecht sind II

In der politischen Hierarchie Hamburgs folgen den Mitgliedern des Senats die Staatsräte. Altem Herkommen zufolge werden sie gelegentlich noch als Senatssyndici bezeichnet. Sie übten und üben die administrative Leitung einer Senatsbehörde aus, die einem Ministerium in den Flächenländern entspricht. Ehedem waren das ausgefuchste Verwaltungsfachleute, oft Juristen, die den ihnen vorgesetzten Politikern in jeder Hinsicht zuarbeiteten, sie berieten und ihnen gegebenenfalls den Rücken freihielten, aber selten eigenständig politisch agierten. Der Berichterstatter hat noch einige „Exemplare“ dieser heute ausgestorbenen Gattung von HH-Notabeln kennengelernt: eindrucksvoll.

Nach einer Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes im Jahre 1978 wurden die Staatsräte von Berufsbeamten zu politischen Beamten. Jetzt konnten auch Berufspolitiker ohne sonderliche Verwaltungserfahrung Staatsrat werden – und wenn Berufspolitiker sich dergestalt eine neue Pfründe erschlossen haben, dann nutzen sie diese, so gut das geht. Aufgrund ihres berufspolitischen Werdeganges sind den neuen Staatsräten die Vor-

gänge in ihrem Beamtenapparat weitgehend fremd. Das könnte ein Vorteil sein, doch da sie oft nicht über ausreichend eigenen Sachverstand verfügen, müssen sie auf den ihrer Beamten vertrauen, doch auf deren Ebene lauert ein weiteres Problem: Auch das sind gewöhnliche Menschen; und ein leitungs-unerfahrener Politiker ist selten imstande, sich den Sachverstand anderer unvoreingenommen zu erschließen. Das hängt damit zusammen, daß die Politisierung der Syndici eine der höheren und gar mittleren Beamten nach sich zog, Sie wurden nach Parteizugehörigkeit ernannt und befördert, was ehemals als SPD-Filz bekannt wurde. Aber auch als der schwarz-grüne Senat des Ole von Beust in den Abgrund seines Niedergangs blickte, beförderte er noch schnell einige hundert Parteigänger auf lukrative Planstellen, nachdem Ole von Beust gleich zu Beginn seines Wirkens als Bürgermeister ihm missliebige Staatsräte reihenweise entlassen hatte. Dem jungen Scholz-Senat erleichterte der rotgrüne Abschied nicht gerade die Arbeit. Schnell begann er aber damit, jede Möglichkeit zu nutzen, SPD-Genossen in ansehnliche und gut dotierte Stellen zu befördern, notfalls auch mit List und Tücke. Solche Förderung wurde natürlich auch Personen mit nicht überwältigender Fachkompetenz zuteil.

Solche Politisierung der Hamburger Beamenschaft hat nachteilige Folgen. Eine ist, daß hoch qualifizierte Nachwuchskräfte ihre Karriere-möglichkeiten eingeschränkt sehen, wenn sie sich nicht in Parteien engagieren, was nicht jedermanns Sache ist.

Außerdem haben gerade solche hoch qualifizierten und deshalb besser besoldeten Beamten mehrfach im Rahmen von Sparprogrammen Einbußen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie bei Beihilfen im Krankheitsfalle und sonstwie hinnehmen müssen, die der Senat aufgrund seiner Sozialpolitik niedriger besoldeten Beamtengruppen nicht zumuten mochte. Da die Lebensqualität in Hamburg zwar hoch ist, aber auch teuer bezahlt werden muß, wirken solche Einbußen bei Vergleichen mit anderen Arbeitgebern durchaus nachteilig.

Überhaupt, der Senat widmet sich kaum seiner Beamenschaft und bemerkt deshalb wohl gar nicht, daß aus den angedeuteten Gründen für viele hoch qualifizierte Nachwuchskräfte eine Tätigkeit im HH-Staatsdienst nicht mehr attraktiv ist. Für die vorhandenen Kräfte wächst hingegen die Zahl der Aufgaben, so bei den Schuldirektoren, was heutzutage schon kaum jemand werden möchte. Wenn der Senat bei der Bestallung hoch qualifizierter Beamter nicht konkurrenzfähig ist, dann können die HH-Politiker, vorab die Senatsmitglieder, auch nicht erwarten, daß ihnen vorzügliche Beamte engagiert und kenntnisreich zuarbeiten.